

Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen

Abgeschlossen in New York am 13. Februar 1946
Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 25. September 2012
In Kraft getreten für die Schweiz am 25. September 2012

Da Artikel 104 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945² (Charta) bestimmt, dass die Organisation der Vereinten Nationen (Organisation) im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Rechts- und Geschäftsfähigkeit geniesst, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich ist;

da Artikel 105 der Charta bestimmt, dass die Organisation im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Vorrechte und Immunitäten geniesst, die zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind, und dass die Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder der Organisation und die Bediensteten der Organisation ebenfalls die Vorrechte und Immunitäten geniessen, deren sie bedürfen, um ihre mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen zu können;

hat demgemäss die Generalversammlung der Vereinten Nationen durch eine am 13. Februar 1946 angenommene Entschliessung das folgende Übereinkommen genehmigt und jedem Mitglied der Organisation zum Beitritt empfohlen.

Art. I Rechtspersönlichkeit

Abschnitt 1

Die Organisation der Vereinten Nationen (Organisation) besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann:

- a. Verträge schliessen;
- b. unbewegliches und bewegliches Vermögen erwerben und darüber verfügen;
- c. vor Gericht klagen und verklagt werden.

Art. II Vermögenswerte, Gelder und Guthaben

Abschnitt 2

Die Organisation sowie ihre Vermögenswerte und ihre Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit, soweit die Organisation nicht im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht kann jedoch nicht Vollstreckungsmassnahmen umfassen.

SR 0.192.110.02

¹ Übersetzung des französischen Originaltextes (RO 2012 5683).

² SR 0.120

Abschnitt 3

Die Räumlichkeiten der Organisation sind unverletzlich. Ihr Vermögen und ihre Guthaben, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Zwangsmassnahme durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

Abschnitt 4

Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden oder in ihrem Besitz befindlichen Schriftstücke sind unverletzlich, gleichviel wo sie sich befinden.

Abschnitt 5

Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltmassnahmen unterworfen zu sein, kann die Organisation:

- a. Mittel, Gold oder Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;
- b. ihre Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren und alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln.

Abschnitt 6

Bei der Ausübung der ihr in Abschnitt 5 gewährten Rechte berücksichtigt die Organisation jedes Anliegen, welches die Regierung eines Mitgliedstaats bei ihnen vorbringt, soweit sie dies nach ihrem Dafürhalten tun kann, ohne ihre eigenen Interessen zu schädigen.

Abschnitt 7

Die Organisation, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstige Vermögenswerte geniessen Befreiung:

- a. von jeder direkten Steuer; jedoch verlangt die Organisation keine Befreiung von Steuern, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen;
- b. von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der von der Organisation für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände; die demgemäss zollfrei eingeführten Gegenstände dürfen jedoch nicht in dem Staat verkauft werden, in den sie eingeführt wurden, es sei denn zu Bedingungen, denen die Regierung dieses Staates zugestimmt hat;
- c. von allen Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen.

Abschnitt 8

Obwohl die Organisation grundsätzlich keine Befreiung von Verbrauchssteuern und Verkaufsabgaben beansprucht, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind, treffen die Mitglieder bei grösseren Einkäufen der Organi-

sation für ihren amtlichen Bedarf, wenn im Preis derartige Steuern und Abgaben enthalten sind, im Einzelfall nach Möglichkeit geeignete Verwaltungsanordnungen für das Erlassen oder Erstaten des Betrags dieser Steuern und Abgaben.

Art. III Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

Abschnitt 9

Die Organisation genießt im Hoheitsgebiet eines jeden Mitglieds für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr eine mindestens ebenso günstige Behandlung, wie dieses Mitglied sie jeder anderen Regierung einschliesslich deren diplomatischen Vertretung gewährt; dies gilt für Prioritäten, Posttarife und -gebühren, Kabeltelegramme, Telegramme, Funktelegramme, Funkbilder, Fernsprech- und sonstige Verbindungen sowie in Bezug auf Priesstarife für Informationen an Presse und Rundfunk. Die amtliche Korrespondenz und der sonstige amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation unterliegen nicht der Zensur.

Abschnitt 10

Die Organisation ist berechtigt, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihre Korrespondenz durch Kurier oder in Behältern zu versenden und zu empfangen; hierfür gelten dieselben Vorrechte und Immunitäten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

Art. IV Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder

Abschnitt 11

Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder bei den Haupt- und Nebenorganen der Organisation und auf den von der Organisation anberaumten Konferenzen geniessen während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während ihrer Reisen nach oder von dem Tagungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

- a. Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks sowie Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen);
- b. Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
- c. das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- d. Befreiung für sich selbst und ihre Ehegatten von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht sowie von allen Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung in den Staaten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben besuchen oder durchreisen;
- e. in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreterinnen und Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;

- f. in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomatinnen und Diplomaten; sowie
- g. alle mit den vorstehenden Bestimmungen vereinbaren sonstigen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die Diplomatinnen und Diplomaten zustehen, mit Ausnahme des Rechts auf Befreiung von Zöllen für eingeführte Gegenstände (ausser den zu ihrem persönlichen Gepäck gehörenden) und von Verbrauchssteuern oder Verkaufsabgaben.

Abschnitt 12

Um den Vertreterinnen und Vertretern der Mitglieder bei den Haupt- und Nebenorganen der Organisation und auf den von der Organisation anberaumten Konferenzen volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, wird ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen auch dann noch gewährt, wenn sie nicht mehr Vertreterin oder Vertreter von Mitgliedern sind.

Abschnitt 13

Hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt der steuerpflichtigen Person ab, so gelten nicht als Aufenthaltszeiten die Zeiten, während derer sich Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedern bei den Haupt- und Nebenorganen der Organisation und auf den von der Organisation anberaumten Konferenzen zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befinden.

Abschnitt 14

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Vertreterinnen und Vertretern der Mitglieder nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei der Organisation sicherzustellen. Infolgedessen ist ein Mitglied nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, die Immunität seiner Vertreterin oder seines Vertreters in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Mitglieds verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung des Zweckes, für den sie gewährt wird, aufgehoben werden kann.

Abschnitt 15

Die Abschnitte 11, 12 und 13 sind nicht anwendbar auf das Verhältnis einer Vertreterin oder eines Vertreters zu den Behörden des Staates, dessen Angehöriger sie oder er ist oder dessen Vertreterin oder Vertreter sie oder er ist oder war.

Abschnitt 16

In diesem Artikel umfasst der Begriff «Vertreterin oder Vertreter» alle Delegierten, stellvertretenden Delegierten, Beraterinnen und Berater, technischen Sachverständigen und Delegationssekretärinnen und -sekretäre.

Art. V Bedienstete*Abschnitt 17*

Der Generalsekretär bestimmt die Gruppen von Bediensteten, auf welche dieser Artikel und Artikel VII Anwendung finden. Er legt der Generalversammlung eine Liste dieser Gruppen vor und teilt sie sodann den Regierungen aller Mitglieder mit. Die Namen der in diese Gruppen eingeordneten Bediensteten werden den Regierungen der Mitglieder periodisch mitgeteilt.

Abschnitt 18

Die Bediensteten der Organisation:

- a. geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen);
- b. sind von allen Steuern auf die von der Organisation gezahlten Bezüge befreit;
- c. sind von jeder nationalen Dienstleistung befreit;
- d. geniessen für sich selbst, ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder Befreiung von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;
- e. geniessen in Bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie Bedienstete vergleichbaren Ranges, die den bei der betreffenden Regierung beglaubigten diplomatischen Missionen angehören;
- f. geniessen für sich selbst, ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung wie diplomatische Vertreter;
- g. sind berechtigt, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt zollfrei in den betreffenden Staat einzuführen.

Abschnitt 19

Über die in Abschnitt 18 vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten hinaus geniessen der Generalsekretär und alle Beigeordneten Generalsekretäre für sich selbst, ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder die nach dem Völkerrecht diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern zustehenden Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen.

Abschnitt 20

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Bediensteten lediglich im Interesse der Vereinten Nationen und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär ist berechtigt und verpflichtet, die einer oder einem Bediensteten gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Generalsekretärs verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Die Immunität des Generalsekretärs kann der Sicherheitsrat aufheben.

Abschnitt 21

Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Missbrauch der in diesem Artikel aufgeführten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

Art. VI Sachverständige im Auftrag der Organisation*Abschnitt 22*

Sachverständige (mit Ausnahme von Bediensteten im Sinne von Artikel V) genießen, wenn sie Aufträge für die Organisation ausführen, während der Dauer dieses Auftrags einschliesslich der Reise die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten. Insbesondere geniessen sie:

- a. Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b. Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen während ihres Auftrags vorgenommenen Handlungen (einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen); diese Immunität bleibt bestehen, auch wenn die betreffende Person ihren Auftrag für die Organisation beendet hat;
- c. Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
- d. das Recht, für ihren Verkehr mit der Organisation Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- e. in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreterinnen und Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;
- f. in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomatinen und Diplomaten.

Abschnitt 23

Die Vorrechte und Immunitäten werden den Sachverständigen im Interesse der Organisation und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generalsekretär ist berechtigt und verpflichtet, die einer oder einem Sachverständigen gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach Auffassung des Generalsekretärs verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Art. VII Passierscheine der Vereinten Nationen*Abschnitt 24*

Die Organisation kann ihren Bediensteten Passierscheine ausstellen. Diese werden von den Behörden der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung von Abschnitt 25 als gültige Reiseausweise anerkannt und entgegengenommen.

Abschnitt 25

Stellt die Inhaberin oder der Inhaber eines Passierscheins (im Falle, dass ein Visum erforderlich ist) einen Visums-Antrag, dem eine Bescheinigung darüber beiliegt, dass sie oder er für die Organisation reist, so ist der Antrag möglichst umgehend zu bearbeiten. Den Inhaberrinnen und Inhabern der Passierscheine werden zudem Erleichterungen zur Beschleunigung der Reise gewährt.

Abschnitt 26

Ähnliche Erleichterungen wie die in Abschnitt 25 erwähnten werden den Sachverständigen und sonstigen Personen gewährt, die, ohne im Besitz eines Passierscheins der Vereinten Nationen zu sein, Inhaber einer Bescheinigung darüber sind, dass sie für die Organisation reisen.

Abschnitt 27

Der Generalsekretär, die Beigeordneten Generalsekretäre und die Direktoren, die für die Organisation reisen und im Besitz eines von dieser ausgestellten Passierscheins sind, geniessen dieselben Erleichterungen wie diplomatische Vertreterinnen und Vertreter.

Abschnitt 28

Dieser Artikel kann auf Bedienstete vergleichbaren Ranges Anwendung finden, die Sonderorganisationen angehören, wenn die nach Artikel 63 der Charta geschlossenen Abkommen zur Regelung der Beziehungen dies vorsehen.

Art. VIII Beilegung von Streitigkeiten*Abschnitt 29*

Die Organisation sorgt für geeignete Verfahren zur Beilegung:

- a. von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen oder von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die Organisation Streitpartei ist;
- b. von Streitigkeiten, an denen eine Bedienstete oder ein Bediensteter der Organisation beteiligt ist, die oder der aufgrund der amtlichen Stellung Immunität genießt, sofern diese nicht vom Generalsekretär aufgehoben worden ist.

Abschnitt 30

Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens wird dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt, sofern nicht die Parteien im Einzelfall ein anderes Beilegungsverfahren vereinbaren. Entsteht zwischen der Organisation und einem Mitglied eine Streitigkeit, so wird ein Gutachten über jede aufgeworfene Rechtsfrage eingeholt, im Einklang mit Artikel 96 der Charta und Artikel 65 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Juni 1945³. Das Gutachten des Gerichtshofs wird von den Parteien als bindend anerkannt.

³ SR 0.193.501

Schlussartikel*Abschnitt 31*

Dieses Übereinkommen wird allen Mitgliedern der Organisation zum Beitritt vorgelegt.

Abschnitt 32

Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär, und das Übereinkommen tritt für jedes Mitglied mit der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Abschnitt 33

Der Generalsekretär unterrichtet alle Mitglieder der Organisation von der Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde.

Abschnitt 34

Es wird unterstellt, dass ein Mitglied, wenn es seine Beitrittsurkunde hinterlegt, auch in der Lage ist, diesem Übereinkommen kraft seines innerstaatlichen Rechts Wirksamkeit zu verleihen.

Abschnitt 35

Dieses Übereinkommen bleibt zwischen der Organisation und jedem durch Hinterlegung seiner Urkunde beigetretenen Mitglied in Kraft, solange dieses der Organisation als Mitglied angehört oder bis die Generalversammlung ein revidiertes allgemeines Übereinkommen genehmigt hat und das betreffende Mitglied Vertragspartei desselben geworden ist.

Abschnitt 36

Der Generalsekretär kann mit einzelnen oder mehreren Mitgliedern Zusatzabkommen schliessen, in denen das vorliegende Übereinkommen auf diese Mitglieder abgestimmt wird. Diese Zusatzabkommen bedürfen in jedem Fall der Genehmigung durch die Generalversammlung.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 24. September 2012

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Ägypten	17. September 1948 B	17. September 1948
Äthiopien	22. Juli 1947 B	22. Juli 1947
Afghanistan	5. September 1947 B	5. September 1947
Albanien*	2. Juli 1957 B	2. Juli 1957
Algerien*	31. Oktober 1963 B	31. Oktober 1963
Angola	9. August 1990 B	9. August 1990
Antigua und Barbuda	25. Oktober 1988 N	1. November 1981
Argentinien	12. Oktober 1956 B	12. Oktober 1956
Armenien*	29. April 2004 B	29. April 2004
Aserbaidschan	13. August 1992 B	13. August 1992
Australien	2. März 1949 B	2. März 1949
Bahamas	17. März 1977 N	10. Juli 1973
Bahrain	17. September 1992 B	17. September 1992
Bangladesch	13. Januar 1978 N	26. März 1971
Barbados	10. Januar 1972 N	30. November 1966
Belarus*	22. Oktober 1953 B	22. Oktober 1953
Belgien	25. September 1948 B	25. September 1948
Belize	14. September 2005 B	14. September 2005
Bolivien	23. Dezember 1949 B	23. Dezember 1949
Bosnien und Herzegowina	1. September 1993 N	6. März 1992
Brasilien	15. Dezember 1949 B	15. Dezember 1949
Bulgarien	30. September 1960 B	30. September 1960
Burkina Faso	27. April 1962 B	27. April 1962
Burundi	17. März 1971 B	17. März 1971
Chile	15. Oktober 1948 B	15. Oktober 1948
China*	11. September 1979 B	11. September 1979
Hongkong	1. Juli 1997	1. Juli 1997
Macau	20. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Costa Rica	26. Oktober 1949 B	26. Oktober 1949
Côte d'Ivoire	8. Dezember 1961 N	7. August 1960
Deutschland	5. November 1980 B	5. November 1980
Dominica	24. November 1987 N	3. November 1978
Dominikanische Republik	7. März 1947 B	7. März 1947
Dschibuti	6. April 1978 N	27. Juni 1977
Dänemark	10. Juni 1948 B	10. Juni 1948
Ecuador	22. März 1956 B	22. März 1956
El Salvador	9. Juli 1947 B	9. Juli 1947
Estland	21. Oktober 1991 B	21. Oktober 1991
Fidschi	21. Juni 1971 N	10. Oktober 1970
Finnland	31. Juli 1958 B	31. Juli 1958
Frankreich	18. August 1947 B	18. August 1947
Gabun	13. März 1964 B	13. März 1964

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
Gambia	1. August 1966 N	18. Februar 1965
Georgien	17. Dezember 2007 B	17. Dezember 2007
Ghana	5. August 1958 B	5. August 1958
Griechenland	29. Dezember 1947 B	29. Dezember 1947
Guatemala	7. Juli 1947 B	7. Juli 1947
Guinea	10. Januar 1968 B	10. Januar 1968
Guyana	28. Dezember 1972 B	28. Dezember 1972
Haiti	6. August 1947 B	6. August 1947
Honduras	16. Mai 1947 B	16. Mai 1947
Indien	13. Mai 1948 B	13. Mai 1948
Indonesien*	8. März 1972 B	8. März 1972
Irak	15. September 1949 B	15. September 1949
Iran	8. Mai 1947 B	8. Mai 1947
Irland	10. Mai 1967 B	10. Mai 1967
Island	10. März 1948 B	10. März 1948
Israel	21. September 1949 B	21. September 1949
Italien	3. Februar 1958 B	3. Februar 1958
Jamaika	9. September 1963 B	9. September 1963
Japan	18. April 1963 B	18. April 1963
Jemen	23. Juli 1963 B	23. Juli 1963
Jordanien	3. Januar 1958 B	3. Januar 1958
Kambodscha	6. November 1963 B	6. November 1963
Kamerun	20. Oktober 1961 N	1. Januar 1960
Kanada*	22. Januar 1948 B	22. Januar 1948
Kasachstan	26. August 1998 B	26. August 1998
Katar*	26. September 2007 B	26. September 2007
Kenia	1. Juli 1965 B	1. Juli 1965
Kirgisistan	28. Januar 2000 B	28. Januar 2000
Kolumbien	6. August 1974 B	6. August 1974
Kongo (Brazzaville)	15. Oktober 1962 N	15. August 1960
Kongo (Kinshasa)	8. Dezember 1964 B	8. Dezember 1964
Korea (Süd-)*	9. April 1992 B	9. April 1992
Kroatien	12. Oktober 1992 N	8. Oktober 1991
Kuba	9. September 1959 B	9. September 1959
Kuwait	13. Dezember 1963 B	13. Dezember 1963
Laos*	24. November 1956 B	24. November 1956
Lesotho	26. November 1969 B	26. November 1969
Lettland	21. November 1997 B	21. November 1997
Libanon	10. März 1949 B	10. März 1949
Liberia	14. März 1947 B	14. März 1947
Libyen	28. November 1958 B	28. November 1958
Liechtenstein	25. März 1993 B	25. März 1993
Litauen*	9. Dezember 1993	9. Dezember 1993

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Luxemburg	14. Februar	1949 B	14. Februar	1949
Madagaskar	23. Mai	1962 N	26. Juni	1960
Malawi	17. Mai	1966 B	17. Mai	1966
Malaysia	28. Oktober	1957 N	31. August	1957
Mali	28. März	1968 B	28. März	1968
Malta	27. Juni	1968 N	21. September	1964
Marokko	18. März	1957 B	18. März	1957
Mauritius	18. Juli	1969 N	12. März	1968
Mazedonien	18. August	1993 N	17. November	1991
Mexiko*	26. November	1962 B	26. November	1962
Mikronesien	5. Dezember	2008 B	5. Dezember	2008
Moldau	12. April	1995 B	12. April	1995
Monaco	8. März	2005 B	8. März	2005
Mongolei	31. Mai	1962 B	31. Mai	1962
Montenegro	23. Oktober	2006 N	3. Juni	2006
Mosambik	8. Mai	2001 B	8. Mai	2001
Myanmar	25. Januar	1955 B	25. Januar	1955
Namibia	17. Juli	2006 B	17. Juli	2006
Nepal*	28. September	1965 B	28. September	1965
Neuseeland	10. Dezember	1947 B	10. Dezember	1947
Tokelau	10. Dezember	1947 B	10. Dezember	1947
Nicaragua	29. November	1947 B	29. November	1947
Niederlande	19. April	1948 B	19. April	1948
Niger	25. August	1961 N	3. August	1960
Nigeria	26. Juni	1961 N	1. Oktober	1960
Norwegen	18. August	1947 B	18. August	1947
Österreich	10. Mai	1957 B	10. Mai	1957
Pakistan	22. September	1948 B	22. September	1948
Panama	27. Mai	1947 B	27. Mai	1947
Papua-Neuguinea	4. Dezember	1975 N	16. September	1975
Paraguay	2. Oktober	1953 B	2. Oktober	1953
Peru	24. Juli	1963 B	24. Juli	1963
Philippinen	28. Oktober	1947 B	28. Oktober	1947
Polen	8. Januar	1948 B	8. Januar	1948
Portugal*	14. Oktober	1998 B	14. Oktober	1998
Ruanda	15. April	1964 B	15. April	1964
Rumänien*	5. Juli	1956 B	5. Juli	1956
Russland*	22. September	1953 B	22. September	1953
Sambia	16. Juni	1975 N	24. Oktober	1964
San Marino	22. Februar	2012 B	22. Februar	2012
Schweden	28. August	1947 B	28. August	1947
Schweiz	25. September	2012 B	25. September	2012
Senegal	27. Mai	1963 N	20. Juni	1960

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Serbien	12. März	2001 N	27. April	1992
Seychellen	26. August	1980 B	26. August	1980
Sierra Leone	13. März	1962 N	27. April	1961
Simbabwe	13. Mai	1991 B	13. Mai	1991
Singapur	18. März	1966 N	9. August	1965
Slowakei	28. Mai	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	6. Juli	1992 N	25. Juni	1991
Somalia	9. Juli	1963 B	9. Juli	1963
Spanien	31. Juli	1974 B	31. Juli	1974
Sri Lanka	19. Juni	2003 B	19. Juni	2003
St. Lucia	27. August	1986 N	22. Februar	1979
Sudan	21. März	1977 B	21. März	1977
Syrien	29. September	1953 B	29. September	1953
Südafrika*	30. August	2002 B	30. August	2002
Tadschikistan	19. Oktober	2001 B	19. Oktober	2001
Tansania	29. Oktober	1962 B	29. Oktober	1962
Thailand*	30. März	1956 B	30. März	1956
Togo	27. Februar	1962 N	27. April	1960
Trinidad und Tobago	19. Oktober	1965 B	19. Oktober	1965
Tschechische Republik	22. Februar	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	7. Mai	1957 B	7. Mai	1957
Turkmenistan	23. November	2007 B	23. November	2007
Türkei*	22. August	1950 B	22. August	1950
Uganda	9. Juli	2001 B	9. Juli	2001
Ukraine*	20. November	1953 B	20. November	1953
Ungarn	30. Juli	1956 B	30. Juli	1956
Uruguay	16. Februar	1984 B	16. Februar	1984
Venezuela*	21. Dezember	1998 B	21. Dezember	1998
Vereinigte Arabische Emirate	2. Juni	2003 B	2. Juni	2003
Vereinigte Staaten*	29. April	1970 B	29. April	1970
Vereinigtes Königreich	17. September	1946 B	17. September	1946
Vietnam*	6. April	1988 B	6. April	1988
Zentralafrikanische Republik	4. September	1962 N	14. August	1960
Zypern	5. November	1963 N	16. August	1960

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Vereinten Nationen: <http://treaties.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.